

05.09.12 | Köln

Streit um Millionen-Projekt Nord-Süd-Stadtbahn

Die Realisierung der Nord-Süd-Stadtbahn dauert immer länger. An einen Fahrplanwechsel Ende 2015 glaubt niemand mehr. Im Verkehrsausschuss konnten sich SPD und Grüne nicht über die Kosten einigen. Von Stefan Kaufmann



© Stefan Kaufmann

Die millionenschwere Investition in das Kölner U-Bahn-Netz zieht sich in die Länge (Archivbild)

Die vorzeitige Inbetriebnahme des südlichen Abschnitts der neuen Kölner U-Bahn ist unwahrscheinlicher denn je. Im Verkehrsausschuss konnte sich die SPD nicht mit dem grünen Koalitionspartner zu der Millionen-Investition durchringen.

Stattdessen verschob eine Mehrheit aus SPD und CDU die Entscheidung darüber in die allgemeinen Haushaltsberatungen. Doch die brauchen Zeit, was den Sinn und Zweck eines vorzeitigen Betriebsstarts verstärkt in Frage stellen dürfte.

Zeitplan obsolet

Der ursprünglich anvisierte Termin, der Fahrplanwechsel im Dezember 2015, ist längst nicht mehr zu halten. Was den Grünen übel aufstößt und der rot-grünen Koalition im Rathaus sicher nicht gut tut.

"Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass mit SPD und CDU die Verantwortlichen für das sündhaft teure Milliardenprojekt, nun eine vorzeitige Inbetriebnahme ab Dezember 2015 einfach ablehnen, in dem sie die Entscheidung ins völlig Ungewisse vertagen", sagt Jörg Frank, Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Kölner Stadtrat.

Zusätzliche Kosten

Seine Partei hat stets dafür votiert, die Bahnen von Norden und Süden jeweils bis zur Unterbrechung am Waidmarkt fahren zu lassen. Während die U-Bahnen ab Dezember 2013 vom Breslauer Platz bis zum Heumarkt fahren sollen, steht ein Beschluss über den südlichen Teil aus.

Laut Berechnungen würde ein vorzeitiger Start einmalig 5,3 Millionen Euro kosten. Zudem wären jährliche Kosten von 6,63 Millionen Euro fällig, wenn die Bahnen zwischen der Severinstraße und Rodenkirchen verkehren.

Warten bis 2019

Andernfalls würden die neuen U-Bahnstationen südlich des Waidmarkts zwar fertig gebaut, blieben aber ungenutzt, bis die Staatsanwaltschaft ihre Recherchen zum Archiveinsturz abschließt.

Erst dann können die Arbeiten für die U-Bahn an dieser Stelle wieder aufgenommen und die Nord-Süd-Stadtbahn vollendet werden - was frühestens für 2019 erwartet wird. Bis dahin müssten die neuen Stationen bewacht und instand gehalten werden, was jährlich 1,69 Millionen Euro kosten soll.